



Inhalt

1. **Unsere politische Bildungsfahrt in Berlin 2**
2. **Sicherheitslage in Deutschland 3**
3. **Streit um Kurs in der Europapolitik 3**
4. **AfD fordert Reduzierung der Büroflächen des Bundes 5**
5. **Drucksachen der AfD-Fraktion 6**

DEM DEUTSCHEN VOLKE

1. Unsere politische Bildungsfahrt in Berlin

Am 6. und 7. Juni 2024 erlebten wir eine rundum gelungene politische Bildungsfahrt nach Berlin. Gemeinsam mit einer interessierten Gruppe aus Niedersachsen verbrachten wir zwei ereignisreiche Tage in unserer Bundeshauptstadt.

Unser Programm startete am Donnerstagmittag mit einem gemeinsamen Mittagessen im traditionsreichen Alt-Berliner Wirtshaus. Gestärkt und voller Vorfreude machte sich die Gruppe auf den Weg zum Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, wo wir spannende Einblicke in die Arbeit und die Aufgaben der Bundesregierung erhielten.

Eine erste Stadtrundfahrt, die uns politische und historische Highlights Berlins näherbrachte, führte uns direkt zum Futurium – dem Haus der Zukünfte. Dort konnten wir faszinierende Ausstellungen und Zukunftsvisionen erkunden, die uns alle sehr beeindruckt haben.

Am Freitag setzten wir unser Programm mit einer weiteren Stadtrundfahrt fort, die uns diesmal ins charmante Nikolaiviertel führte. Das Mittagessen im BERLIN Pavillon bot Gelegenheit zum Austausch und zur Stärkung, bevor es zum Sicherheits-Check und schließlich zu einer angeregten Diskussion mit meinen Kollegen und mir im Deutschen Bundestag kam.

Ein besonderes Highlight war der Besuch einer Plenarsitzung im Reichstagsgebäude, gefolgt von einer Besichtigung der beeindruckenden Kuppel, die uns einen atemberaubenden Blick über Berlin bot. Diese Erfahrung hat den Tag für alle Teilnehmer unvergesslich gemacht.

Wir danken allen Teilnehmern für ihr Interesse und die spannenden Gespräche. Diese Fahrt hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig politische Bildung und der direkte Austausch sind. Ich freue mich schon auf die nächste Fahrt im September und weitere interessante Begegnungen.



2. Sicherheitslage in Deutschland

Am Donnerstag gab es eine Regierungserklärung zur aktuellen Sicherheitslage von Bundeskanzler Olaf Scholz. Hintergrund war die islamistische Attacke eines Afghanen in Mannheim vom vergangenen Freitag. Dieser hatte fünf Teilnehmer einer Kundgebung der islamkritischen Bewegung Pax Europa sowie einen Polizisten mit einem Messer verletzt. Der Beamte erlag am 2. Juni leider seinen Verletzungen.

Alice Weidel von der AfD-Fraktion hat in einer sehr guten und ernsten Rede dazu gehalten und die Regierung in die Pflicht genommen. Das migrationspolitische Versagen der Ampel und Vorgängerregierung macht solche Vorkommnisse überhaupt nur möglich. Es handelt sich bei der Tat in Mannheim um keinen Einzelfall. Es sind schon zu viele Attentäter und Gewaltverbrecher, als Flüchtlinge getarnt, ins Land gekommen. Die AfD fordert eine umgehende Migrationswende mit Grenzschließungen und Abschiebungen – auch nach Afghanistan.

Jörn König erklärt: „Olaf Scholz hat zwar sein Wording geändert und will jetzt islamistische Gewaltverbrecher angeblich konsequent abschieben. Aber es ist und bleibt die gleiche Leier und eine reine Ankündigungspolitik. Es ist doch erschreckend, wenn unsere Grenze das ganze Jahr über nicht geschützt wird und keine Kontrollen durchgeführt werden. Jetzt bei einem Fußballwettbewerb in Deutschland geht es aber plötzlich für ein paar Tage? Und siehe da, in der kurzen Zeit wurden viele Schlepper dingfest gemacht. Armselig und ein absolutes Armutszeugnis, dass die Regierung unser Land ansonsten bewusst ungeschützt lässt und die Messermänner ins Land lässt. Ich sage es nochmal: Die Anerkennungsquote für Asyl beträgt lediglich 0,7%. Alle anderen haben hier nichts zu suchen, wenn Sie unserer Gesellschaft keinen Mehrwert bieten, sondern den Steuerzahler Milliarden kosten.“

3. Streit um Kurs in der Europapolitik

Im Vorfeld der Europawahl am 9. Juni 2024 diskutierte der Deutsche Bundestag am 7. Juni über die zukünftigen Herausforderungen und Prioritäten der Europäischen Union. Im Mittelpunkt standen die Themen Verteidigung, EU-Erweiterung, Wirtschaftspolitik und die neue EU-Führung, die die kommende Legislaturperiode prägen werden.

Die AfD Fraktion hat ihre fundamentale Eurokritik erneuert. Die ursprüngliche Idee der EU, nämlich ein gemeinsamer Wirtschaftsraum mit Frieden und mit freiem Handel, ist längst von Bürokratie, Normen und Verboten aufgeessen worden.

Tino Chrupalla hat den EU-Ländern in einer sehr fundierten Rede ein konsequentes Brechen der EU-Verträge vorgeworfen. Die Maastricht-Kriterien, die im Vertrag von Maastricht 1992 festgelegt wurden, sollten sicherstellen, dass EU-Mitgliedsstaaten bestimmte wirtschaftliche Stabilitätskriterien erfüllen. Dazu gehören unter anderem eine Staatsverschuldung von nicht mehr als 60 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und ein Haushaltsdefizit von nicht mehr als 3 % des BIP. Viele EU-Mitgliedsstaaten haben diese Kriterien regelmäßig nicht eingehalten, insbesondere während und nach der Finanzkrise 2008. Trotz der Nichteinhaltung dieser Kriterien wurden keine ernsthaften Sanktionen verhängt. Deutschland selbst gehört dazu.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt soll die Haushaltsdisziplin innerhalb der EU sicherstellen. Es wurden jedoch zahlreiche Verstöße festgestellt, insbesondere in Krisenzeiten. Auch hier wurden die vereinbarten Sanktionen oft nicht durchgesetzt.

Die Dublin-Verordnung regelt, welcher EU-Mitgliedstaat für die Bearbeitung eines Asylanspruchs zuständig ist. Während der Flüchtlingskrise 2015 wurde diese Verordnung in vielen Fällen nicht beachtet, da die Asylsuchenden in andere Länder weiterreisten, ohne dass der Erstaufnahmestaat sie registrierte. Angela Merkel selbst läutete mit Ihrer rechtswidrigen Anweisung zur vollständigen Öffnung der Grenzen eine - unter Brechung der EU Verträge - beispiellose Migrationskrise ein.

Der Vertrag von Lissabon enthält eine No-Bailout-Klausel (Artikel 125 AEUV), die besagt, dass die EU oder ein Mitgliedsstaat nicht für die Schulden eines anderen Mitgliedsstaats haften soll. Trotz dieser Klausel wurden während der Eurokrise umfangreiche Rettungspakete für Länder wie Griechenland, Irland und Portugal geschnürt.

Das Schengen-Abkommen soll den freien Personenverkehr innerhalb der Schengen-Zone gewährleisten. Während der Flüchtlingskrise 2015 und in der COVID-19-Pandemie führten mehrere Mitgliedstaaten jedoch wieder Grenzkontrollen ein, was dem Abkommen widerspricht.

Die EU-Verträge verbieten staatliche Beihilfen, die den Wettbewerb verfälschen. Trotz dieser Regelung wurden in der Vergangenheit zahlreiche Staatshilfen genehmigt, insbesondere während der Finanz- und Eurokrise, um Banken und Unternehmen zu retten.

Jörn König sagt: „Die EU ist eine bürokratische Datenkrake, sie wird nur noch durch deutsches Geld zusammengehalten und saugt uns komplett leer. Die AfD hat selbst unter den rechten Parteien auf EU-Ebene einen echten Interessenskonflikt. Schließlich sind die auf deutsches Geld hochgradig angewiesen. Unser Land wird auf Kosten der deutschen Bevölkerung durch den Fleischwolf gedreht und bis auf den letzten Cent ausgenommen. Hinzu kommt die völlig falsche Wirtschaftspolitik dieser (H)Ampelkoalition mit einer beispiellosen Deindustrialisierung Deutschlands. Die EU muss von Grund auf neu reformiert werden. Wir brauchen eine EU der Vaterländer und nicht dieses gescheiterte Fake-Demokratieprojekt, was uns eine heile Welt vorgaukelt und in Wahrheit vor Demokratiedefiziten trieft.“

4. AfD fordert Reduzierung der Büroflächen des Bundes

Dass der Bundestag durch die Überhang- und Ausgleichsmandate mit seinen 735 Abgeordneten zu groß ist, ist allseits bekannt. Genauso wie die Verschwendungssucht einiger Bundesministerien und Behörden, die Geld schneller in Klimaprojekte und Migration pumpen als Lindner „Steuererleichterungen“ sagen kann. Weniger transparent ist für den Bürger der enorme Bedarf des Bundes an Büroflächen. Der Bundesrechnungshof bemängelt regelmäßig, dass die Ministerien und Behörden die zulässigen Höchstflächen für Büros stets ausschöpfen. Skurril dabei ist, dass die Empfehlungen des Bundesamts für Arbeitsschutz weit unter dem liegen, was dann selbst praktiziert wird.

Angesichts einer Anwesenheitsquote in den Bundesministerien von unter 75% fordert die AfD-Bundestagsfraktion, dass die öffentliche Hand ihre Standards der 50er Jahre gegen eine zeitgemäße Bürogestaltung eintauscht. In der Privatwirtschaft werden nicht erst seit Corona Kosten gespart, indem Arbeitsplätze flexibel gehalten werden. Insbesondere der Staat, der seine Bürger in allen Lebensbereichen zum Sparen auffordert, muss nun zeigen, dass er es auch selbst kann.

Jörn König meint: „Wenn demnächst durch eine neue „Krise“ die Energiepreise steigen und die Ampel und erklärt, dass wir alle den Gürtel etwas enger schnallen müssten; wenn Wohnimmobilien für Familien noch unerschwinglicher als bisher schon werden und uns erklärt wird, wir hätten ja noch Platz für Klimaflüchtlinge; dann müssen wir uns daran erinnern, dass der Sparkurs nicht für diejenigen gilt, die ihn verordnen.“

5. Drucksachen der AfD-Fraktion

- 20/11327 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/113/2011327.pdf>> Aufwendungen der Bundesregierung für Informationsmaßnahmen, Anzeigen, Kampagnen und Werbung für das Jahr 2023 -20/11122-
- 20/11449 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/114/2011449.pdf>> Die Territoriale Agenda der Europäischen Union beenden – Eine selbstbestimmte Raumentwicklung Deutschlands sicherstellen
- 20/11363 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/113/2011363.pdf>> Länderkontext festgestellter Mittelfehlverwendungen im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit -20/10829-
- 20/11455 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/114/2011455.pdf>> Anwohnerschutz vor Infraschall in Deutschland – Das Windkraft Urteil in Frankreich am 8. März 2024
- 20/11465 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/114/2011465.pdf>> Feststellungen illegaler Grenzübertritte durch die Bundespolizei in Sachsen (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/10134)
- 20/11382 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/113/2011382.pdf>> Unentgeltliche Übertragung ehemals volkseigener landwirtschaftlicher Flächen zur natur- schutzfachlichen Nutzung im Rahmen des Nationalen Naturerbes -20/11205-
- 20/11401 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/114/2011401.pdf>> Unterstützung ehemaliger RAF-Terroristen -20/11215-
- 20/11404 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/114/2011404.pdf>> Zivilrechtliche Klagen gegen die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem sogenannten Open-House-Verfahren zur Beschaffung von Persönlicher Schutzausrüstung durch das Bundesministerium für Gesundheit zur Eindämmung des Coronavirus -20/11194-
- 20/11409 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/114/2011409.pdf>> Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelsicherheit im Bereich Lebensmittelkontrollen -20/11225-
- 20/11410 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/114/2011410.pdf>> Forschung über Ausmaß, Muster und Gründe von Gewalt an Schulen -20/11224-
- 20/11448 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/114/2011448.pdf>> Strategien und Maßnahmen zu Tabakkonsum und Gesundheitsschutz -20/11237-

- 20/11454 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/114/2011454.pdf>> Ausgaben für das Bundesprogramm Demokratie leben! im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend -20/11223-
- 20/11469 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/114/2011469.pdf>> Kenntnisse der Bundesregierung und ihr nachgeordneter Behörden über das vorgebliche Geheimtreffen von Potsdam sowie über eine Zusammenarbeit mit dem Unternehmensverbund Correctiv
- 20/11470 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/114/2011470.pdf>> Entwicklung von Gruppenvergewaltigungen bis zum 31. Dezember 2023 (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/10719)
- 20/11434 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/114/2011434.pdf>> Sozialleistungen und Mieten 2023 -20/10964-
- 20/11478 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/114/2011478.pdf>> WHO-Pandemievertrag und Internationale Gesundheitsvorschriften
- 20/11472 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/114/2011472.pdf>> Finanzielle Situation der gesetzlichen Krankenkassen -20/10575-
- 20/11481 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/114/2011481.pdf>> Deutsch-türkisches Sozialversicherungsabkommen -20/11124-
- 20/11505 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011505.pdf>> Kosten durch die Ministerialzulage in den Jahren 2018 bis 2023
- 20/11492 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/114/2011492.pdf>> Aktualisierung der lebensmittelbezogenen Ernährungsempfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung für die deutsche Bevölkerung -20/11195-
- 20/11509 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011509.pdf>> Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung – Stand: 31. Dezember 2023
- 20/11510 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011510.pdf>> Maßnahmen zur Reduzierung von Bürokratie auf Bundesebene – Entwicklung seit 2022
- 20/11514 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011514.pdf>> Schuldenerlasse der Bundesrepublik Deutschland gegenüber anderen Staaten seit dem Jahr 2000, Stand: 31. Dezember 2023
- 20/11515 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011515.pdf>> Deutsche Entwicklungszusammenarbeit in Pakistan – Förderung der Frauenbeschäftigung

- 20/11521 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011521.pdf>> Verausgabung zusätzlicher Bundesmittel für die deutsche Minderheit in Polen im Jahr 2023
- 20/11497 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/114/2011497.pdf>> Islamistischer Terroranschlag bei Moskau – Informationen und Einordnung der Bundesregierung -20/11320-
- 20/11498 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/114/2011498.pdf>> Erfassung von Messerangriffen in der Polizeilichen Kriminalstatistik -20/11295-
- 20/11499 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/114/2011499.pdf>> Programmatische Konsequenzen der Neuaufstellung der Erinnerungskultur durch die Kulturstaatsministerin -20/11296-
- 20/11502 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011502.pdf>> Förderpraxis des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ -20/11317-
- 20/11523 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011523.pdf>> Die zwischen der Ukraine und Deutschland unterzeichnete Sicherheitsvereinbarung im Vergleich zu den Abkommen der Ukraine mit den Niederlanden und Frankreich und angesichts der Situation der Verteidigungs- und Rüstungsindustrie in Europa
- 20/11524 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011524.pdf>> Beendigung der Ausübung einzelner Praktiken oder der Nutzung bestimmter Technologien durch die Bundesregierung (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/11216)
- 20/11525 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011525.pdf>> Deutsche Entwicklungszusammenarbeit in Pakistan: Unterstützung des Berufsbildungssektors
- 20/11527 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011527.pdf>> Unvollständige Erfassung von Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit im Zusammenhang mit dem Academic Freedom Index
- 20/11536 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011536.pdf>> Bundesweite Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in Zügen und an Bahnhöfen -20/11285-
- 20/11533 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011533.pdf>> Redaktionsstab Rechtschreibung beim Bundesministerium der Justiz
- 20/11547 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011547.pdf>> Entwicklung der Ausgaben im SGB II (Bürgergeld)

- 20/11548 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011548.pdf>> Auswirkung der sogenannten sozial-ökologischen Transformation auf die Vergabe von Investitions Garantien und Exportkreditgarantien
- 20/11542 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011542.pdf>> Zuwendungen und Ausgaben des Bundes aus dem Einzelplan 0901 im Jahr 2024
- 20/11567 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011567.pdf>> Veröffentlichung der Protokolle des Robert-Koch-Instituts zum Corona- Krisenstab
- 20/11540 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011540.pdf>> Illegale Einreisen nach Deutschland in dem Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2023 -20/11351
- 20/11544 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011544.pdf>> Die Auswertung des „One in, one out“-Prinzips der Bundesregierung für Bürokratieabbau in der Landwirtschaft -20/11344-
- 20/11545 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011545.pdf>> Übergewicht bei Schwangeren – Stand der Stillförderung und Aufklärung über kindgerechte Ernährung -20/11238-
- 20/11553 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011553.pdf>> Effektivität der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Islamischen Republik Mauretanien -20/11290-
- 20/11562 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011562.pdf>> Effektivität der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Republik Mosambik -20/11289-
- 20/11563 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011563.pdf>> Äußerungen des Bundesministers der Justiz zu seriösen Demokraten -20/11356-
- 20/11564 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011564.pdf>> Erfassung antiziganistischer Straftaten in dem Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2023 -20/11352-
- 20/11569 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011569.pdf>> Haltung der Bundesregierung zur Kryptowährung Bitcoin und mögliche Pläne zu staatlicher Beschränkung -20/11236(neu)-
- 20/11616 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/116/2011616.pdf>> Entwurf eines Gesetzes zur Umkehr des Immunitätsrechts der Abgeordneten des Deutschen Bundestages

- 20/11617 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/116/2011617.pdf>> Entwurf eines Gesetzes zur Transparenz bei Beteiligungen an Unternehmen durch Mitglieder der Bundesregierung
- 20/11623 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/116/2011623.pdf>> Kommunale Selbstverwaltung stärken – Fremdbestimmung durch Migrations- und Klimaschutzpolitik der Bundesregierung verhindern und Förderstruktur reformieren
- 20/11624 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/116/2011624.pdf>> Elf Punkte für unsere Heimat – Kommunen stärken
- 20/11625 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/116/2011625.pdf>> Für eine vollumfängliche deutsch-indische Partnerschaft im 21. Jahrhundert
- 20/11626 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/116/2011626.pdf>> Zurückweisungen von Drittstaatenangehörigen an den Außengrenzen der Bundesrepublik Deutschland entsprechend den bilateralen Rücknahmeabkommen mit den Nachbarstaaten
- 20/11627 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/116/2011627.pdf>> Einsparungen in Millionenhöhe durch Reduzierung der Büroflächen des Bundes
- 20/11628 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/116/2011628.pdf>> zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verbesserung und Durchsetzung der Arbeitsbedingungen von Praktikanten und zur Bekämpfung von Scheinpraktika („Praktikumsrichtlinie“) KOM(2024) 132 endg.; Ratsdok. 8148/24 hier: Begründete Stellungnahme gemäß Artikel 6 des Protokolls Nummer 2 zum Vertrag von Lissabon (Prüfung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit)
- 20/11629 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/116/2011629.pdf>> Berliner Bauakademie von Karl Friedrich Schinkel jetzt nach historischem Vorbild rekonstruieren
- 20/11580 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011580.pdf>> Anwohnerschutz vor Infraschall in Deutschland – Das Windkraft-Urteil in Frankreich am 8. März 2024 -20/11455-
- 20/11586 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011586.pdf>> Erarbeitung des Zukunftsprogramms Pflanzenschutz durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
- 20/11587 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011587.pdf>> Objekte der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in Rheinland-Pfalz
- 20/11591 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011591.pdf>> Lebens- und Futtermittelimporte aus der Ukraine

- 20/11592 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011592.pdf>>
Zuschüsse zur Neuanschaffung von Elektrofahrzeugen (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/10852)
- 20/11593 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011593.pdf>>
Smart-Stores in Deutschland
- 20/11594 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/115/2011594.pdf>>
Zur Beratung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat in Fragen der Digitalisierung der Verwaltung durch die Unternehmensberatung McKinsey
- 20/11642 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/116/2011642.pdf>>
Wahl vom Deutschen Bundestag zu benennenden Mitglieds des Deutschen Ethikrats gemäß den §§ 4 und 5 des Ethikratgesetzes
- 20/11618 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/116/2011618.pdf>> Islamistisches Bedrohungspotential sichtbar machen – Den Expertenkreis Politischer Islamismus beim Bundesministerium des Innern und für Heimat umgehend wieder einsetzen
- 20/11676 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/116/2011676.pdf>> zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - 20/11367, 20/11659 - Entwurf eines Gesetzes zum Schutz Minderjähriger bei Auslandsreisen
- 20/11609 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/116/2011609.pdf>>
Reise des Bundeskanzlers Olaf Scholz in die Volksrepublik China
- 20/11610 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/116/2011610.pdf>>
Treffen von Vertretern der Bundesregierung mit Vertretern von Industrie und Wirtschaft